

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

Think Tank Update
November/Dezember 2005

Entwicklungspolitik der USA

Kathrin Yoneoka

Konrad-Adenauer-Stiftung Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-464-5840
Fax. 202-464-5848
office@kasusa.org
www.kasusa.org
www.kas.de

Entwicklungspolitik der USA

I. ALLGEMEINE RAHMENBEDINGUNGEN	3
1. Entwicklung der Mittel für Entwicklungshilfe.....	4
2. Naturkatastrophen.....	4
3. Hurrikan Katrina und mögliche Folgen für die Entwicklungshilfe	5
4. Ankündigung des Abbaus von Handelsbarrieren.....	6
II. KAMPF GEGEN KRANKHEITEN:	7
1. HIV/Aids	7
2. Vogelgrippe	7
3. Malariainitiative des US-Präsidenten	8
III. VERÄNDERUNG VON LÄNDERSPEZIFISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN:	8
1. Irak	8
2. Afghanistan	9
3. Afrika	10
IV. VERÄNDERUNG VON INSTITUTIONENSPEZIFISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN:	11
1. USAID	11
2. Millenium Challenge Corporation (MCC)	12
3. Weltbank.....	13
4. Der Internationale Währungsfonds (IWF)	15
V. DIE VEREINTEN NATIONEN IM JAHR 2005	16
1. Nominierung John Boltons zum US-Botschafter für die UN.....	16
2. Die Reform der Vereinten Nationen	16
3. UN-Summit 2000+5	18

I. Allgemeine Rahmenbedingungen

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes die einzige verbliebene Supermacht weltweit. Daher kommt den USA in allen internationalen wirtschaftlichen, außen- und sicherheitspolitischen und auch entwicklungspolitischen Fragen eine ausschlaggebende Rolle zu. Der internationale Dialog über diese Fragen wird vom Dialog, wie er innerhalb der Vereinigten Staaten geführt wird, wesentlich mitbestimmt und beeinflusst. In vielen Fällen bestimmt die Debatte innerhalb der USA geradezu die weltweite Debatte zu einem bestimmten Problembereich, wie sich zum Beispiel bei der Diskussion über die Reform der Vereinten Nationen gezeigt hat.

Washington D.C. und New York bilden die beiden Zentren der entwicklungspolitischen Debatte in den USA. Zum einen sind sie die politischen und wirtschaftlichen Zentren der Vereinigten Staaten und damit auch der Welt insgesamt. Zum anderen befinden sich in diesen beiden Zentren bedeutende Institutionen, die im Bereich der Entwicklungspolitik zu den wichtigsten Akteuren zählen. In New York sind dies vor allem die Vereinten Nationen mit ihren zahlreichen Unterorganisationen. In Washington D.C. ragen der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank sowie die International Finance Corporation (IFC) heraus. Aber auch die Interamerikanische Entwicklungsbank oder andere regionale Organisationen sowie die zahlreichen internationalen Nichtregierungsorganisationen spielen eine wichtige Rolle in Washington D.C.

Neben den internationalen Organisation mit Sitz in den Vereinigten Staaten von Amerika gibt es natürlich auch eine große Zahl nationaler Organisationen, die auf dem Felde der Entwicklungspolitik tätig sind und den internationalen entwicklungspolitischen Dialog wesentlich mitbestimmen, so etwa USAID, die neu geschaffene Millennium Challenge Corporation oder der National Endowment for Democracy mit seinen Unterorganisationen, um nur einige zu nennen.

Eine kaum zu überschätzende Rolle im internationalen entwicklungspolitischen Dialog spielen darüber hinaus die unterschiedlichen Think Tanks, die insbesondere in Washington D.C., aber auch im ganzen Lande zahlreich vertreten sind. Wichtige und wegweisende Anregungen im entwicklungspolitischen Dialog kommen gerade immer wieder aus diesem Bereich. Insbesondere das Center for Global Development spielt hier eine zentrale Rolle, genauso wie die Brookings Institution, die Heritage Foundation u.a.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß die USA den in den vergangenen Jahren begonnenen Trend, im Bereich Entwicklungshilfe mehr Mittel

bilateral einzusetzen und sich multilateral weniger zu engagieren, auch im Jahr 2005 weiter befolgten. Dies zeigt sich im Engagement des Präsidenten für den Millennium Challenge Account, in der Malariainitiative, im Notfallplan gegen HIV und AIDS und im Mitteleinsatz für Entwicklungshilfe insgesamt.

1. Entwicklung der Mittel für Entwicklungshilfe

Die Entwicklungshilfeleistungen der OECD-Mitgliedsländer insgesamt sind im Jahr 2004 real um 4,6 Prozent auf 78,6 Mrd. US-\$ gestiegen. Das ist der höchste Wert, den der OECD-Entwicklungshilfeausschuß je verzeichnet hat.

Die USA waren zwar mit einem Anteil von nur 0,16% des Bruttoinlandsproduktes weit von dem international gesetzten Ziel von 0,7% des Bruttoinlandsproduktes entfernt, haben aber in absoluten Zahlen mit 19 Mrd. US-\$ den größten Betrag für Entwicklungshilfe weltweit ausgegeben.

Beim UN-Gipfel in New York im September 2005 hat US-Präsident Bush in seiner Rede betont, daß die Vereinigten Staaten den Millennium Entwicklungszielen verpflichtet seien.

In den USA wird die in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts festgesetzte Grenze von 0,7% des Bruttoinlandsprodukts als nicht mehr aktuell angesehen, da die Parameter, unter denen die 0,7% vereinbart wurden, nicht mehr zutreffend seien. Darüber hinaus hat keine US-Regierung jemals in einem UN-Forum zugestimmt, die 0,7% zu erreichen.

Allein durch die Anhebung der Finanztransfers von seiten der Industrieländer wird keineswegs automatisch eine Minderung der weltweiten Armut einsetzen. Die Frage, wie das Geld sinnvoll verwendet werden kann, steht daher in der Diskussion in den USA im Vordergrund.

2. Naturkatastrophen

Das Jahr 2005 stand ganz im Zeichen der Naturkatastrophen und der weltweiten Bemühungen um die Opfer dieser Katastrophen.

Der Tsunami in Südostasien am 26. 12. 2004 hat auch in den USA zu einer außerordentlich großen Spendenbereitschaft geführt. Die Bevölkerung hat mehr als eine halbe Milliarde US-\$ gespendet, die US-Regierung hat etwa 900 Mio. US-\$ für Soforthilfe und Wiederaufbau zur Verfügung gestellt.

Total USG Humanitarian and Recovery Assistance Pledged 12/31/04:	\$ 350,000,000
Tsunami Recovery and Reconstruction Fund:	\$ 631,000,000*
Total USAID Humanitarian Assistance Committed:	\$ 101,550,957
Total USAID Rehabilitation/Reconstruction Assistance Committed:	\$ 474,236,034
Other USG Humanitarian Assistance Provided:	\$ 237,900,000

*\$656 million was approved for the Tsunami Recovery and Reconstruction Fund, but \$25 million is committed to Avian Flu.

1

Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang der Einsatz des Militärs in der Krisenregion. Da die USA in der Region über mehrere Militärbasen verfügen, war das US-Militär in der Lage, schnell vor Ort zu sein, um den Opfern des Tsunami zu helfen. Die US-Army fungiert somit immer stärker auch als Katastrophenhelfer. Diese Entwicklung kommt auch in der neuen außenpolitischen Strategie der US-Administration zum Ausdruck. Demnach stehen die drei Parameter „Development“, „Defense“ und „Diplomacy“ gleichberechtigt nebeneinander und sind miteinander verzahnt.

Auch nach dem Erdbeben in Pakistan im Oktober 2005 war die US-Armee schnell mit Helikoptern aus dem benachbarten Afghanistan zur Rettung von Überlebenden und für den Transport von Hilfsgütern zur Stelle. Robert Kaplan hat diese immer häufigere Einsatzart des Militärs auch in seinem Artikel („A war against nature“) in der New York Times vom 12. Oktober 2005 beschrieben.²

Der immer engeren Verzahnung zwischen Entwicklungs- und Verteidigungspolitik wurde nicht zuletzt auch durch die im Jahr 2005 erfolgte Einrichtung eines Büros für Militärangelegenheiten bei USAID Rechnung getragen. Ziel ist die langfristige Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit dem Pentagon. Aufgabe dieses Büros ist es unter anderem, einen gemeinsamen Trainingsplan mit dem Pentagon zu entwickeln und die USAID-Katastrophenpläne zu überarbeiten.

3. Hurrikan Katrina und mögliche Folgen für die Entwicklungshilfe

Der Hurrikan Katrina, der im August 2005 die US-Küste bei New Orleans traf, hat laut Schätzungen Schäden in Höhe 1,1 Mrd. US-\$ verursacht. Kurz nach dem Hurrikan wurde in der amerikanischen Öffentlichkeit mehrfach thematisiert, inwiefern es sich die Vereinigten Staaten leisten könnten, im Ausland weiterhin so viel Geld für Entwicklungshilfe auszugeben, wenn gleichzeitig für die Beseitigung der Schäden einer Katastrophe eines

¹ http://www.usaid.gov/locations/asia_near_east/tsunami/

² <http://select.nytimes.com/gst/abstract.html?res=FA0714F63D5B0C718DDDA90994DD404482>

solchen Ausmaßes im eigenen Land finanzielle Mittel in immenser Höhe benötigt werden.

Der USAID-Administrator Andrew Natsios hat entsprechend während des UN-Gipfels in New York ausländischen Diplomaten gegenüber bereits angekündigt, daß sie ihre Erwartungen bezüglich bilateraler Hilfe wegen der benötigten Mittel zur Beseitigung der Katrina-Schäden zurückschrauben müßten.³

4. Ankündigung des Abbaus von Handelsbarrieren

Kimberly Eliott vom Center for Global Development sieht die Liberalisierung der Agrarmärkte in den reichen Ländern als Dreh- und Angelpunkt für einen erfolgreichen Abschluß der Doha-Runde in den WTO-Verhandlungen ist.⁴ Daher wurde die WTO-Konferenz in Hongkong im Dezember 2005 wird in Washington mit Spannung erwartet.

Die Entwicklungsländer drohen, Fortschritte bei der Handelsliberalisierung zu blockieren, wenn ihre Befürchtungen und Interessen im Agrarbereich nicht berücksichtigt werden. Die Entwicklungsländer vertreten ihre Interessen mit gutem Recht – in ihnen leben fast 3 Mrd. Menschen von weniger als 2\$ am Tag, die meisten davon in der Subsistenzlandwirtschaft, wie Sandra Polaski in einem Papier für Carnegie Endowment for international Peace feststellt.⁵

In den letzten 50 Jahren wurden in den USA Getreide und Nahrungsmittel zum Zwecke der US-Nahrungsmittelhilfe angebaut und weiterverarbeitet. Dadurch wurde die einheimische US-Landwirtschaft unterstützt, obwohl die Steuerzahler auf diese Art und Weise rund 2-3 Mal mehr für die Nahrungsmittelhilfe und deren Transport gezahlt haben, als wenn die Nahrungsmittel direkt in den bedürftigen Ländern oder Kontinenten angebaut worden wäre.

Der Vorschlag des Administrators von USAID, Andrew Natsios, ein Viertel der US-Nahrungsmittelhilfe direkt in Form von Barmitteln den bedürftigen Ländern zur Verfügung zu stellen, hat allerdings in den Vereinigten Staaten einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Zwar würden dadurch die lokalen Märkte in den Entwicklungsländern gestärkt. Außerdem könnten für die gleichen Finanzmittel größere Summen von Nahrungsmitteln eingekauft und den Bedürftigen zur Verfügung gestellt werden. Aber die Lobby der amerikanischen Bauern, Lebensmittelverarbeiter und Reeder ist groß und

³ <http://www.commondreams.org/headlines05/0917-02.htm>

⁴ <http://www.cgdev.org/content/publications/detail/4998>

⁵ http://www.carnegieendowment.org/files/polaski_layout.pdf

mächtig. Sie argumentieren, daß es leichter sei, Barmittel zu stehlen oder zu mißbrauchen, als Nahrungsmittelhilfe zweckentfremdet zu verwenden.⁶

In seiner Rede auf dem UN-Gipfel⁷ in New York im September 2005 hat US-Präsident Bush angekündigt, die die Entwicklungsländer behindernden Handelsbarrieren und Subventionen in den Vereinigten Staaten abbauen zu wollen. Mit großer Spannung werden daher die Ergebnisse der Doha-Runde erwartet. Allerdings gibt es bisher in der US-Administration noch keinen konkreten Zeitplan für den Abbau der Handelsbarrieren und Subventionen.

II. Kampf gegen Krankheiten

1. HIV/Aids

Die US-Regierung bringt weltweit die meisten Mittel zur globalen Bekämpfung von AIDS auf. Seit 1986 hat USAID fast 6 Mrd. US-\$ für internationale HIV/Aids-Programme zur Verfügung gestellt, mehr als jede andere öffentliche oder private Organisation. USAID selbst betreibt gegenwärtig Programme in mehr als 100 Ländern.

Präsident Bush hat den Kampf gegen HIV/AIDS zu einem Schwerpunkt der US-Politik gemacht. Der Notfallplan⁸, den der Präsident im Jahr 2003 zur Bekämpfung von AIDS ins Leben gerufen hat, ist der größte Beitrag, den eine einzelne Nation jemals für eine internationale Gesundheitsinitiative geleistet hat: 15 Mrd. US-\$ in 5 Jahren zur Bekämpfung der Krankheit. Damit sollen unter anderem 2 Mio. HIV-Infizierte behandelt werden, 7 Mio. neue HIV-Infektionen verhindert und 10 Mio. Menschen, die an HIV oder durch HIV/AIDS leiden, inklusive Waisen und Kinder, unterstützt werden.⁹

2. Vogelgrippe

Der Ausbruch der Vogelgrippe in Asien und Europa im Oktober 2005 hat in den USA große Besorgnis ausgelöst. Da bei einer Übertragung auf den Menschen mit einer Pandemie zu rechnen ist, hat die US-Regierung ein umfangreiches Maßnahmenpaket in die Wege geleitet. Am 11. Mai 2005 hatte der Präsident bereits 25 Mio. US-\$ für Maßnahmen zur Bekämpfung der Vogelgrippe zur Verfügung gestellt. USAID arbeitet mit den anderen Regierungsbehörden, wie dem Department of Health and Human Services, dem Center for Disease Control and Prevention, dem Department of

⁶ http://www.carnegieendowment.org/files/polaski_layout.pdf

⁷ <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2005/09/20050914.html>

⁸ <http://www.state.gov/documents/organization/43885.pdf>

⁹ <http://www.state.gov/documents/organization/48746.pdf>

Agriculture und dem Department of State, zusammen, um bei einem möglichen Ausbruch der Vogelgrippe gewappnet zu sein.

3. Malariainitiative des US-Präsidenten

Am 30. Juni 2005 kündigte US-Präsident George W. Bush an, in den nächsten 5 Jahren 1,2 Mrd. US-\$ für die Bekämpfung von Malaria, insbesondere in Afrika, zur Verfügung stellen zu wollen. Noch immer sterben jährlich 1,2 Millionen Menschen an Malaria. 80-90% der Opfer sind Kinder unter 5 Jahren. Die Malaria-Initiative konzentriert sich auf Afrika, da dort 80-90% der jährlichen Opfer zu beklagen seien. Neue Präventions- und Behandlungsmethoden sollen dazu beitragen, die Todesraten um 50% zu senken. Für das Jahr 2006 wurden als erste Länder bereits Angola, Tansania und Uganda ausgewählt. Insgesamt will die US-Regierung mit der Initiative bis zum Jahr 2010 15 Länder erreichen.

III. Veränderung von länderspezifischen Rahmenbedingungen

1. Irak

Die Zahl von 2.000 toten amerikanischen Soldaten im Irak seit Beginn des Krieges im März 2003 hat im Oktober 2005 eine intensiviertere Berichterstattung über die Folgen des Einsatzes im Irak zur Folge. Präsident hat für seine Irak-Politik erstmals nicht mehr den vollen Rückhalt der Bevölkerung. Die Proteste von Kriegsgegnern haben sich seit dem Sommer 2005 und der Kampagne von Cindy Sheeham¹⁰, der Mutter eines getöteten US-Soldaten, intensiviert.

Der Einsatz im Irak kostet die US-Steuerzahler jeden Monat rund eine Milliarde US-\$. Die hohen Kosten für den Einsatz, die geringen Aussichten auf baldigen Frieden und die toten Soldaten waren Grund dafür, daß die Rufe nach einem Rückzug aus dem Irak seit Mitte des Jahres – auch aus dem Congress und dem Senat - immer lauter wurden.¹¹

Auch die irakische Regierung hat auf einer Versöhnungskonferenz in Kairo laut eines Berichts der New York Times vom 22.11.2005 gefordert, einen konkreten Zeitplan für einen Abzug aus der ausländischen Truppen aus dem Irak vorzulegen.¹²

Nach Monaten des Zögerns und Zauderns, haben sich die Demokraten erst Ende 2005 auf eine Alternative zur Irak-Strategie von Präsident Bush

¹⁰ <http://www.meetwithcindy.org/>

¹¹ http://www.house.gov/apps/list/press/oh10_kucinich/050517usatodayoped.html

¹² <http://www.nytimes.com/2005/11/22/international/middleeast/22arab.html?th&emc=th>

geeignet – einen phasenweisen Abzug von US-Truppen bis Ende des Jahres 2006 (oder 2007), so zumindest die Botschaft einer Rede von Senator Kerry am 26. Oktober 2005 und anderen. Die Forderung der Demokraten führt allerdings in die Irre. Ein sicheres Datum für den Abzug der Truppen zu setzen, würde nichts lösen. Dies würde als Zeichen der Schwäche angesehen. Die Terroristen hätten die Möglichkeit, ihre zerstörerischen Aktivitäten fortzusetzen, nachdem der Abzug erfolgt ist.

Für ein Verbleiben im Irak wird von republikanischer Seite vor allem angeführt, daß die Terroristen besser dort als in den USA bekämpft werden. Aus dem Nahen Osten aber auch aus anderen Teilen der Welt reisen Islamisten, die ihren Jihad kämpfen wollen, in den Irak. Darüber hinaus müsse nach Auffassung der den Republikanern nahestehenden Heritage-Foundation erst eine stabile irakische Regierung etabliert sowie der Aufbau der irakischen Sicherheitskräfte abgeschlossen sein.¹³

Bisher haben die Vereinigten Staaten 9 Mrd. US-\$ allein in Wiederaufbauhilfe investiert. Der Militäreinsatz kostet rund 1 Mrd. US-\$ pro Monat.

2. Afghanistan

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben mehr als vier Jahre nach dem 11. September 2001 mehr als 1,3 Mrd. US-\$ für den Wiederaufbau in Afghanistan ausgegeben. Unter der Aufsicht von USAID wurden 312 Schulen und 338 Kliniken neu gebaut oder wieder eröffnet, 500 Meilen Straßen gebaut und weitere 500 Meilen wiederhergerichtet.

Weil aber die Ausgaben für den Irak so hoch sind, plant die USA im Frühjahr 2006 4.000 Soldaten aus dem Süden Afghanistans abzuziehen, trotz eines Anstiegs der Taliban-Angriffe in den letzten Monaten.

Allein in den letzten Monaten sind mehr als 80 Mitarbeiter von USAID ums Leben gekommen, die meisten von ihnen Einheimische. Darüber hinaus wird erwartet, daß die USA ihre Hilfe für Afghanistan deutlich zurückschrauben. Mitarbeiter von USAID gehen davon aus, daß das derzeit noch US-finanzierte afghanische Gesundheitssystem in den nächsten Monaten zusammenzubrechen droht.

Die Inkonsistenz in der Finanzierung, die schwache Personalausstattung und der Mangel an Aufsicht haben dazu geführt, daß die amerikanischen Wiederaufbauversuche und die dafür verantwortliche US Agency for International Development (USAID) stark kritisiert wurden.

¹³ <http://www.heritage.org/Research/MiddleEast/wm770.cfm>

Die Frage, inwieweit ein Land oder mehrere Länder den Haushalt eines anderen Landes oder mehrerer Länder auf Dauer finanzieren kann, stellt sich allerdings nicht nur in Afghanistan und im Irak, sondern auch auf dem Balkan.

3. Afrika

Die Commission on Africa des britischen Premierministers Tony Blair, die Gespräche über Afrika beim G8-Gipfel in Gleneagles im Juli 2005 (die durch die Terroranschläge in London überschattet wurden) und die Live 8-Konzerte für Afrika auf Initiative des Sängers Bob Geldof, haben den Fokus der Weltgemeinschaft erstmals wieder auf den afrikanischen Kontinent gelenkt.

Demnach soll die Entwicklungshilfe weltweit bis zum Jahr 2010 verdoppelt werden, wobei die Hälfte von 25 Mrd. nach Afrika fließen soll. Zudem sollen die ärmsten Länder der Welt einen Schuldenerlaß erhalten.¹⁴

Am 30. Juni 2005 hat Präsident George W. Bush angekündigt, daß die USA ihre Entwicklungshilfe für Afrika unter seiner Präsidentschaft verdreifacht hat und daß er die Mittel von 2004-2010 erneut verdoppeln will.

Steve Radelet und Bilal Siddiqi vom Center for Global Development¹⁵ haben dagegen festgestellt, daß sich die gesamten US-Mittel für Afrika von 2,1 Mrd. US-\$ im Jahr 2000 auf 4,3 Mrd. US-\$ im Jahr 2004 nur verdoppelt haben. Die bilaterale Hilfe – die Basis für die Aussage des Präsidenten – hat sich von 1,1 Mrd. US-\$ im Jahr 2000 auf 3,2 Mrd. US-\$ im Jahr 2004 fast verdreifacht. Zur gleichen Zeit ist die multilaterale Hilfe der USA für Afrika nur wenig angestiegen.

Die angekündigte Verdoppelung der Entwicklungshilfe bis 2010 (4,3 Mrd. US-\$) beinhaltet den Millennium Challenge Account (2,0-2,5 Mrd. US-\$), den Notfallplan zur Bekämpfung von HIV (1,5 Mrd. US-\$) sowie die Malariainitiative des Präsidenten (1,2 Mrd. US-\$). Damit ist ein weiterer Anstieg der US-Mittel für den afrikanischen Kontinent derzeit nicht zu erwarten.

¹⁴ <http://www.g8.gov.uk>

¹⁵ <http://www.cgdev.org/content/publications/detail/2870>

IV. Veränderung von institutionenspezifischen Rahmenbedingungen

1. USAID

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben der US-Administration auf grausame Weise die Notwendigkeit von Entwicklungszusammenarbeit als Präventionspolitik gegen Terroranschläge aufgezeigt.

Von der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie, in welcher die Entwicklung gleichberechtigt neben den anderen Parametern Diplomatie und Verteidigung steht, hat insbesondere das Budget für USAID in den vergangenen Jahren profitiert.

Es gibt in den USA, eine zunehmende Tendenz, die verschiedenen Komponenten miteinander zu verzahnen, um Synergieeffekte zu nutzen. Die bereits erwähnte Einrichtung des Büros für militärische Angelegenheiten bei USAID sei hier nur als Beispiel angeführt.

Das USAID-Budget hat sich seit 2000 auf 14 Mrd. US-\$ verdoppelt, während sich die Anzahl der Mitarbeiter im gleichen Zeitraum lediglich um 100 auf 2.300 erhöht hat.

Überblick über das Budget von USAID¹⁶

Category	FY 2003 Approp.	FY 2004 Approp.	FY 2005 Approp.	FY 2006 Request
USAID TOTAL:	14,252,162	12,785,129	9,071,748	9,139,340
--of which supplementals	4,787,529	3,953,927	117,856	--
--of which transfers/direct	667,198	378,466	406,107	375,606
USAID Total less supplementals and transfers	8,797,435	8,452,736	8,547,785	8,763,734

Die Programmschwerpunkte von USAID sind die:

- Förderung von transformierender Entwicklung
- Stärkung „zerbrechlicher“ Staaten
- Unterstützung strategischer Staaten
- Bereitstellung humanitärer Hilfe
- Globale Probleme ansprechen

USAID hat große Schwierigkeiten, Personal für kritische neue Anforderungen zu gewinnen und anderswo die Programme, geschwächt durch einen zu geringen Personalbestand, aufrechtzuerhalten, während gleichzeitig eine große Anzahl von Mitarbeitern das Rentenalter erreicht.

¹⁶ <http://www.usaid.gov/policy/budget/cbj2006/administrator.html>

Um diesen Schwierigkeiten entgegenzuwirken, hat USAID die Development Readiness Initiative (DRI) zu einer Priorität gemacht. Diese Initiative baut auf der Diplomatic Readiness Initiative des State Department auf. Im dritten Jahr ihres Bestehens, wird die DRI den Personalbestand verstärken und die diplomatischen und entwicklungsrelevanten Kapazitäten von USAID erneuern, um die „richtigen Mitarbeiter in die richtigen Jobs mit den richtigen Fähigkeiten zur richtigen Zeit zu bekommen“, wie es das Office of Personnel Management fordert. Die DRI soll die Agentur beweglicher machen und in die Lage versetzen, sich wechselnden politischen Herausforderungen stellen zu können.

Um Krisensituationen und deren Lösungen besser bewältigen zu können, wurde das Büro für Demokratie, Konflikt und Humanitäre Hilfe (DCHA) im Jahr 2005 restrukturiert und um eine Schaltstelle für interministerielle Angelegenheiten erweitert.

Darüber hinaus baute USAID im Jahr 2005 die Zusammenarbeit mit nicht-traditionellen Partnern, wie den Kirchen, weiter aus. In diesem Zusammenhang wurde ein signifikanter Fortschritt erreicht. Die bei USAID angesiedelte Global Development Alliance (GDA) ist das Herzstück der USAID-Bemühungen, die Public-Private-Partnerships im Bereich der Entwicklungspolitik zu integrieren. Im Jahr 2004 hat USAID über 290 dieser PPP-Projekte mit über 1 Mrd. US-\$ gefördert und mehr als 3 Mrd. US-\$ aus dem Bereich der Wirtschaft erhalten.

2. Millenium Challenge Corporation (MCC)

Am 23. Januar 2004 hat Präsident Bush die Millenium Challenge Corporation zur Verwaltung des Millenium Challenge Account (MCA) eingesetzt. Ziel des MCA ist es, die Mittel für Länder, die eine gute Regierungsführung (good governance) aufweisen, in ihre Völker investieren und wirtschaftliche Freiheit belohnen, so zu erhöhen, daß sie einen transformationsfördernden Einfluß haben.

Die Wahl einer eigenständigen Organisation zur Verwaltung des MCA ist ein erster Schritt, die Versprechen der MCA-Initiative umzusetzen. Anstatt USAID die Verantwortung für die Verwaltung des MCA zu übertragen oder ein neues Büro im State Department hierfür einzurichten, hat der Präsident eine neue Regierungsbehörde geschaffen, die das Programm verwaltet.

Die Einrichtung des MCA nach dem Gipfel in Monterrey ist international auf großes Interesse gestoßen, da von der Bush-Administration wohl wenige erwartet hätten, daß sie die Mittel für Entwicklungshilfe anheben würde.

Aufgabe der MCC ist es unter anderem, die Länder ausfindig zu machen, die sich für eine Teilnahme am MCA qualifizieren. Im Jahr 2005 ist der Aufbau der MCC allerdings nur schleppend vorangegangen. Während sich das Board of Directors 2004 viermal getroffen hat, gab es im Jahr 2005 bisher nur zwei Treffen am 20. Mai 2005 und am 8. November 2005, um die in Frage kommenden Länder auszuwählen.

Problematisch ist außerdem, daß die Gelder für den MCA vom Kongreß in den letzten beiden Jahren empfindlich gekürzt wurden:

Angefragte und bewilligte MCA-Mittel¹⁷ (Mrd. US-US-\$)

	FY 2004	FY 2005	FY 2006	FY 2007
Original Proposal	1,3	3,3	5,0	5,0
Authorized by Congress	1,0	2,3	5,0	5,0
Budget Request	1,3	2,5	3,0	5,0
Appropriations	1,0	1,5	1,75	TBD*

* To be determined

Ingesamt ist man in der US-Administration mit der Performance der MCC wohl weniger zufrieden. Der bisherige CEO der MCC Paul Applegarth hat die Organisation im Jahr 2005 verlassen. Der neue CEO, der bisherige US-Botschafter in Brasilien John J. Danielovich hat seine Arbeit erst im November 2005 begonnen. Er hat am 14.11.05 in einer öffentlichen Veranstaltung angekündigt, sich auf wenige Länder konzentrieren zu wollen, um dort den gewünschten Transformationseffekt erreichen zu können. In Washington wird nun mit Spannung erwartet, wie es mit der MCC weitergeht.

Allerdings wird die Finanzierung für die MCC immer wieder in Frage gestellt. Der neue CEO und der Board stehen daher vor der schwierigen Aufgabe, mehr qualifizierende Länder mit größeren, transformationsfördernden Verträgen vor dem Hintergrund begrenzter Mittel auszustatten, wie das Center for Global Development in seinem MCA-Monitor berichtet.¹⁸ Ein Scheitern des MCA wäre jedoch ein weiterer Rückschlag für den Präsidenten.

3. Weltbank

Die Nominierung von Paul Wolfowitz zum neuen Chef der Weltbank hat international eine heftige Debatte ausgelöst, inwieweit der „Falke“ aus dem Pentagon die Politik der Weltbank an die Prioritäten der US-Regierung

¹⁷ Rieffel, Lex and Fox, James: “Moving Toward Smarter Aid”, in: The Brookings Institution: Policy Brief #145, August 2005

¹⁸ http://www.cgdev.org/doc/mca%20monitor/round3/rockandhardplace_MCA.pdf

anpassen wird. Ein Vorteil des neuen Präsidenten ist sicherlich, daß er einen starken Rückhalt in der Administration eines Landes hat, welches die internationalen Finanzinstitutionen bisher weitestgehend ignoriert hat, wie es Carol Graham, Senior Fellow bei der Brookings Institution, ausgedrückt hat.¹⁹

Das Center for Global Development hat anlässlich des Wechsels an der Spitze der Weltbank eine Studie erstellt: „The Hardest Job in the World. Five crucial tasks for the new president of the World Bank“.²⁰ Diese sind der Studie zufolge:

1. die Rolle der Weltbank in China, Indien und Ländern mit mittlerem Einkommen wiederzubeleben;
2. eine neue Disziplin und größere Differenzierung für Transaktionen in Ländern mit niedrigem Einkommen einführen;
3. eine Führungsrolle bei der Einführung einer unabhängigen Evaluation des Einflusses der Bank und anderen Programmen zu übernehmen;
4. ein ausdrückliches Mandat mit ausreichender Finanzierung und eine spezielle Regierungsvereinbarung für die Arbeit der Bank für globale öffentliche Güter zu erhalten;
5. Die Mitglieder der Bank dahingehend zu bewegen, die Leitung der Bank repräsentativer zu machen und damit stärker zu legitimieren

Kritisiert wurde im Jahr 2005 wiederholt die kostentreibende und ineffiziente Struktur von Weltbank und IWF: zwei Präsidenten, zweimal zwei Dutzend Direktoren, zwei riesige Stäbe – 9.000 Mitarbeiter bei der Weltbank, 2.700 Beschäftigte beim IWF –, obwohl beide auf vielen Feldern inzwischen dasselbe Geschäft betreiben.

Daher fordern einige Politiker – wie der frühere amerikanische Finanz- und Außenminister George P. Shultz – bereits seit Jahren, die beiden Institute zu fusionieren.²¹ Vorteile eines solchen Zusammenschlusses wären die Vermeidung von Doppelarbeit und die Verminderung von Belastungen für Gläubiger- wie für Schuldnerstaaten. Außerdem würden widersprüchliche Empfehlungen und Kreditbedingungen für Krisenländer verhindert.

Bereits heute gibt es schon eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen, die einen Zusammenschluß erleichtern könnten – z.B. die gemeinsame Jahreskonferenz oder Gemeinschaftsaktionen wie der Schuldenerlaß für Entwicklungsländer. Dazu haben beide Institutionen

¹⁹ <http://www.brookings.edu/printme.wbs?page=/pagedefs/d22dd7d4c702ff3e3b6652e30a1415cb.xml>

²⁰ <http://www.cgdev.org/content/publications/detail/2868>

²¹ <http://www.imf.org/operations/shultz298.html>

auch dieselben 184 Staaten als Mitglieder und Anteilseigner und den gleichen Kundenkreis.²²

Um eine Kontinuität und Kohärenz in der Politik gegenüber den Entwicklungsländern zu erreichen, ist unumstritten, daß die Zusammenarbeit zwischen Weltbank und Internationalem Währungsfond verbessert werden muß.

4. Der Internationale Währungsfonds (IWF)

Das Fiskaljahr 2005 mit dem 60. Geburtstag der Bretton-Woods-Konferenz, die den IMF und die Weltbank im Juli 1944 geschaffen hatte, war für die Entwicklung des IWF von großer Bedeutung.

Das Mandat des Internationalen Währungsfonds wird klar durch die Vertragsbestimmungen definiert:

- Die makroökonomische und finanzielle Stabilität auf globaler und nationaler Ebene zu fördern;
- Die Internationale Zusammenarbeit in der Währungspolitik im Interesse aller Mitgliedsstaaten voranzutreiben;
- Ein liberales System von Handel und Zahlungen zu begünstigen und
- Internationalen Krisen so gut wie möglich vorzubeugen.

Unter der Führung des Nachfolgers von Bundespräsident Horst Köhler, Rodrigo de Rato, hat der Fonds im Jahr 2005 eine breite strategische Bewertung seiner Aktivitäten vorgenommen. Die Arbeit des Fonds ist größtenteils von den Entwicklungen der Weltwirtschaft und den Entwicklungen in den 184 Mitgliedsstaaten geleitet.

Im vergangenen Jahr hat der IWF das schnellste globale Wachstum in den letzten drei Jahrzehnten verzeichnet, mit einem verbesserten wirtschaftlichen Auftritt in fast jeder Region der Erde, gedämpfter Inflation und einer spürbaren Abwesenheit von ernststen finanziellen Krisen. Damit bestand für die Arbeit des Fonds ein günstiges Klima, welches „nur“ durch den Anstieg der Ölpreise und andauernde geopolitische Unsicherheiten beeinträchtigt wurde. Transparenz und die Bewertung der eigenen Arbeit standen dabei im Mittelpunkt der Arbeit des Währungsfonds.

Im Jahr 2005 haben vor allem die auf dem G8-Gipfel in Gleneagles beschlossenen Grundsätze, den hoch verschuldeten armen Ländern alle Schulden gegenüber dem IWF, der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank zu erlassen, die Arbeit des IWF bestimmt.

²² http://www.zeit.de/2005/39/Argument_39

Darüber hinaus waren im Jahr 2005 neue Finanzierungsmöglichkeiten für arme Länder, die von wirtschaftlichen Krisen, inklusive plötzlichem Ansteigen oder Fallen der Rohstoffpreise, betroffen sind, in der Diskussion. Die G-8 argumentierte, daß der IWF nicht schnell ausreichend Finanzmittel für derartige Krisen zur Verfügung stellt. Bisher können sich nur Länder mit einem IWF-unterstützten Kreditprogramm für zusätzliche Hilfe nach plötzlichen wirtschaftlichen Krisen qualifizieren.

Eine vom IWF eingesetzte Arbeitsgruppe hat zudem bemängelt, daß die Fähigkeit des Fonds, die sich in enormen Tempo verändernden Finanz- und Kapitalmarktentwicklungen intern zu berücksichtigen und in die makroökonomischen Analysen einzubringen, nicht effizient genug sei, worunter die politische Beratung für die Mitgliedsstaaten sowie die Betreuung und Überwachung von Programm-Ländern (IWF Schuldner) leidet. Zwar habe der IWF in den letzten Jahren versucht, diesen Entwicklungen entgegenzusteuern, aber mehrere Komponenten dieser Integration in die makroökonomischen Analysen stecken noch in den Kinderschuhen und werden nicht effizient genug betrieben.

V. Die Vereinten Nationen im Jahr 2005

1. Nominierung John Boltons zum US-Botschafter für die UN

Die Nominierung von John R. Bolton als US-Botschafter für die Vereinten Nationen hat im Jahr 2005 in den USA und auf internationaler Ebene heftige Diskussionen ausgelöst. Weil sich Bolton in der Vergangenheit zu undiplomatisch über die UN geäußert hatte, hat die demokratische Partei seine Ernennung zum UN-Botschafter wochenlang in den zuständigen Ausschüssen blockiert. Präsident George W. Bush hat die Zustimmung durch den Senat für die Nominierung schließlich dadurch umgangen, daß er John Bolton während der Parlamentsferien ernannt hat, während derer der Präsident Botschafter ohne die Zustimmung des Senats für die Dauer der Legislaturperiode ernennen kann.

2. Die Reform der Vereinten Nationen

Der Wunsch von UN-Generalsekretär Kofi Annan, die geplante Reform der Vereinten Nationen und des UN-Sicherheitsrates in der ersten Jahreshälfte 2005 noch vor den Feierlichkeiten anlässlich des 60. Geburtstages der Vereinten Nationen abzuschließen, scheiterte unter anderem an den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats.

Die Beziehung der USA zu den UN ist kompliziert. Zwar gehören die Vereinigten Staaten zu den Gründern der Vereinten Nationen, sind Mitglied im UN-Sicherheitsrat und bieten dem Hauptquartier der Institution eine „Heimat“ in New York. Andererseits betrachten die USA die UNO als ineffizient und korrupt – daher müssen die Vereinten Nationen nach amerikanischer Auffassung dringend reformiert werden.

Die USA verfolgen bei der Reform der UN insbesondere die folgenden Prioritäten²³:

- Reform des Budgets, des Managements und der Verwaltung;
- Aufbau einer Peace Building Commission;
- Ersetzung der bestehenden Menschenrechtskommission durch einen Menschenrechtsrat;
- Demokratieinitiativen und UN Demokratie-Fonds;
- Umfassende Terrorismuskonvention;
- Entwicklung.

Das US-Repräsentantenhaus hat Mitte Juni ein Gesetz verabschiedet, wonach der amerikanische Mitgliedsbeitrag um 50 Prozent gekürzt werden soll, falls sich die UN nicht größtenteils nach amerikanischen Vorstellungen reformiert.

Mit großer Skepsis betrachtete die Bush-Administration den von Deutschland, Brasilien, Japan, Indien und rund 30 weiteren Staaten eingebrachten Entwurf für die Reform des Sicherheitsrates. Dieser Entwurf sieht eine Erweiterung des Rates um sechs ständige Sitze und vier nichtständige Sitze vor.²⁴ Nicht zuletzt die USA habe diesen Entwurf schließlich scheitern lassen.

Einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat wollen die Amerikaner nur Japan zugestehen – als asiatisches Gegengewicht zur Volksrepublik China. Deutschland kann vorerst nicht mit einer Unterstützung durch die US-Regierung rechnen, obwohl auch die neue Bundesregierung am Ziel eines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat festhalten wird.

Die 2005 untersuchten Korruptionsvorwürfe im „Oil-for-food“-Programm der UN tragen dazu bei, den Glauben der USA in die Vereinten Nationen weiter zu schwächen.

²³ <http://www.usunnewyork.usmission.gov/iofactreform.pdf>

²⁴ http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/vn/vereinte_nationen/reform/dt-reform_html

3. UN-Summit 2000+5

Der UN Weltgipfel vom 14.-16. September 2005 wurde mit großer Spannung erwartet. Ziel dieses Gipfels war, die Fortschritte seit der Millenniumserklärung der UN-Mitgliedsstaaten im Jahr 2000 zu begutachten.²⁵

Die USA wurden hier insbesondere für ihre unzähligen Änderungswünsche am Abschlußdokument kritisiert. Wie die Washington Post am 24. August 2005 berichtete, haben die Vereinigten Staaten mehr als 750 Änderungswünsche eingebracht, die das Abschlußdokument deutlich abschwächten.

Die Vereinigten Staaten haben als einzige verbliebene Supermacht, als größter Geber der UN und gleichzeitig größter Kritiker, eine starke Verhandlungsposition, die sie auch ausnutzen.

Im Abschlußdokument hat man sich schließlich auf folgende Punkte geeinigt:

- Einrichtung einer Peace Building Commission;
- Einrichtung eines Menschenrechtsrates;
- Beendung von Genozid;
- Wiederholung der Verpflichtung der Staaten zur Notwendigkeit der Einhaltung der Millennium Development Goals;
- Kostenfreie primäre Schulbildung weltweit;
- Schuldenerleichterungen für arme Länder;
- Verstärkter Kampf gegen HIV/AIDS;
- Wiederholte Verpflichtung der Staaten zur Notwendigkeit, die UN mit adäquaten Ressourcen auszustatten.

Kritisiert wurde, daß das Abschlußdokument in vielen Bereichen ungenau sei und häufig lediglich vergangene Beschlüsse bekräftigt habe, statt neue hinzuzufügen. Es fehlten Hinweise auf die geplante Öffnung des Marktes für Entwicklungsländer, die Nonproliferation von Nuklearwaffen sowie den internationalen Strafgerichtshof.²⁶

²⁵ <http://www.globalissues.org/TradeRelated/Poverty/unworldsummit2005.asp>

²⁶ <http://www.globalissues.org/TradeRelated/Poverty/unworldsummit2005.asp>